

Tweet
Facebook

Mitteldeutsche Zeitung

MZ | Dessau-Roßlau

Klimapaket der Bundesregierung: Das sagen Dessauer Unternehmen und Initiativen

25.09.19, 11:44 Uhr



Die durch den Klimawandel bedingte extreme Trockenheit hat dem Gartenreich schon 2018 zugesetzt. Kann das nun auf den Weg gebrachte Eckpunktepapier etwas am generellen Trend ändern?

Foto: Thomas Klitzsch

- **Dessauer Unternehmen und Initiativen kritisieren das Klimapaket.**
- **"Es schwingen Ernüchterung und Enttäuschung mit."**
- **Andere Stimmen mahnen steigende Stromkosten an.**

Dessau-Roßlau - Nachdem sich das Klimakabinett auf ein Eckpunktepapier beim Kampf gegen die Erderwärmung verständigt hat, stellt sich die Frage: Wie reagieren lokale Unternehmen und Umweltinitiativen auf das Klimapaket und welche konkreten Auswirkungen hat es für Verbraucher?

In dem Papier wird beispielsweise angeregt, dass die sogenannte EEG-Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien reduziert werden soll. Der aktuelle Strompreis mit durchschnittlich 30 Cent pro Kilowattstunde setzt sich unter anderem aus Netzentgelt, Stromerzeugung - und eben der EEG-Umlage zusammen.

Die Stadtwerke Dessau, die nach eigenen Angaben rund 50 000 Stromkunden versorgen, meinen dazu: „Die im Klimapaket geplante Strompreisentlastung ist nach unserer Auffassung noch viel zu niedrig.“ Die EEG-Umlage liege heute bei 6,4 Cent pro Kilowattstunde. „Die Senkung der Umlage von in Summe 0,625 Cent pro Kilowattstunde bis 2023 greift viel zu kurz“, sagt Stadtwerke-Geschäftsführer Thomas Zänger.

„So lange der Kostenblock von Umlagen, Steuern und Abgaben mit einem Anteil von fast 55 Prozent am Strompreis unverändert hoch bleibt, haben wir als Energielieferant immer weniger Spielraum für die Preisgestaltung.“ Dennoch teile man das prinzipielle Ziel des Klimapakets und senke mit dem vollzogenen Kohleausstieg bei der eigenen Erzeugung von Strom und Wärme die Treibhaus-Emission um bis zu 30 000 Tonnen pro Jahr. Auch die Dessauer Wohnungsbaugesellschaft (DWG) mit ihren 8 255 Wohnungen sieht den Klimaschutz als „bedeutende Zukunftsaufgabe“.

Damit die energetischen Sanierungsmaßnahmen auch finanziert und umgesetzt werden können, sei es unumgänglich, dass die geplante steuerliche Förderung durch eine Zuschussvariante ergänzt wird. „Neben dieser Finanzierungsfrage für den Eigentümer bleibt ebenfalls noch offen, wie für Mieter mit geringem Einkommen der Wohnraum noch bezahlbar bleiben soll“, sagt DWG-Geschäftsführerin Anja Passlack und meint: „Wenn in einem ersten Schritt das Klimaschutzprogramm nicht genügend Förderung für die Umsetzung der notwendigen energetischen Maßnahmen bereit hält und dann noch in einem zweiten Schritt die Kohlendioxid-Bepreisung greift, so führt dies zwangsläufig zu einer Verteuerung von Wohnraum und kollidiert mit der Sozialverträglichkeit.“

Die Geschäftsführung des Städtischen Klinikums Dessau (SKD) meint zu den Auswirkungen des Klimapakets: „Energie und Treibhausemissionen werden sich dadurch weiter verteuern. Für uns als relativ großer Stromverbraucher wird das zusätzliche Kosten mit sich bringen. Wie hoch die Belastungen am Ende sein werden, lässt sich derzeit nicht seriös abschätzen.“

Prinzipiell trage man die Richtung mit und werde die Anstrengungen beim Einsparen von Energie weiter verstärken. Dabei setze man als einziges von zehn kommunalen und landeseigenen Krankenhäusern in Sachsen-Anhalt auf ein zertifiziertes Energiemanagementsystem. Bisheriges Ergebnis: „Trotz Erweiterungen und fortschreitender Automatisierung sowie Digitalisierung konnte der Energieverbrauch konstant gehalten werden.“

Und was bringt das Papier nach Einschätzung lokaler Umweltinitiativen? „Es schwingen Ernüchterung und Enttäuschung mit. Insgesamt erscheinen die Vorschläge nicht ausreichend, das Emissionsminderungsziel zu erreichen“, sagt beispielsweise Guido Knoche vom „Energietisch Dessau“. Stephan Marahrens vom Allgemeinen Deutsche Fahrrad Club (ADFC) in Dessau meint: „In Anbetracht der ernsten Lage kann keine nachhaltige Wirkung von den Maßnahmen ausgehen.“

Jakob Krüger von „Fridays for Future“ in Dessau ist der Ansicht: „Der Klimaschutzplan ist ein Flickenteppich an Maßnahmen, der unzureichend ist. Damit werden die Klimaziele 2030 verfehlt.“

Auswahl teilen

Tweet

Facebook